

decrypt

zeitschrift für diskussion und praxis **2**
herbst/winter 2008



Fahnenstreit: Reloaded

Antifa-Camp 2008
Ein Rückblick

Plattenbau und Neonazis
Die Situation in Marl

Editorial

Hallo!

Eins direkt zu Beginn: Mit einem derartigen Erfolg der „decrypt“ haben wir selbst nicht gerechnet. Alle 1000 Exemplare waren innerhalb von 1 ½ Wochen vergriffen. Vielen Dank deshalb an alle, die bei der Entstehung und dem Verbreiten geholfen haben.

Wir nehmen das als Ansporn, uns kräftig ins Zeug zu legen, und wie ihr seht ist die „decrypt“ diesmal noch dicker, und eine höhere Auflage haben wir jetzt auch. Einige von Euch haben uns auch schon Artikel für die nächsten Ausgaben zugesandt. Deshalb hier nochmal der Aufruf, wenn ihr einen Artikel, egal wie kurz oder lang und zu welchem Thema, beisteuern wollt oder „decrypts“ zum Verteilen braucht, schreibt uns einfach.

Eure Redaktion

Inhalt

Editorial	2
Inhalt	2
Die Situation in Marl	3
How to start a fire.....	7
Völkische Ideologie als Menschenrecht	10
Kurzmeldungen	13
„Man sollte sich den 5. September 2009 schon mal vormerken.“	14
Fashion-Tipps für Demos	18
Der Fahnenstreit.....	22
KGB im Gespräch.....	26
Gegen "christliches Abendland" und Islamismus!	29
Impressum	35
Termine	35

Der Osten im Westen

Die Situation in Marl

Am 25. Juli 2008 überfiel gegen 23 Uhr eine 30-köpfige Gruppe verummter Neonazis das Jugendzentrum Hagenbusch (HoT). Die Vorgehensweise bei dem Überfall war erschreckend straff und militärisch organisiert. Gruppen von jeweils drei Neonazis riegelten die Fluchtwege ab, die Übrigen griffen in Zweierreihen geschlossen die BesucherInnen des HoT Hagenbusch an. Dabei nahmen sie anscheinend selbst Tote in Kauf. Ein Jugendlicher wurde mit sechs Messerstichen, die ihm die AngreiferInnen zugefügt hatten, ins Krankenhaus eingeliefert. Obwohl das Polizeirevier

nicht einmal hundert Meter vom HoT entfernt liegt, brauchte die Polizei eine halbe Stunde, um den Ort des Geschehens zu erreichen. Daran zeigt sich, wie wenig ernst die Polizei die Neonazis nimmt. Erklären wollte die Polizei das damit, dass man sich aus den Streitigkeiten zwischen den beiden politischen Lagern heraus halten wolle. Erst als sich die Presse einschaltete, stellte sich heraus, dass der Junge, der bei dem Angriff fast gestorben wäre, keineswegs irgendeiner politischen Richtung zuzuordnen ist. Eine Richtigstellung der Polizei ist immer noch nicht erfolgt, und





wird wohl auch noch auf sich warten lassen.

Bis Ende des Jahres 2005 waren rechtsradikale Aktivitäten in Marl ziemlich unkoordiniert. Öffentliche Auftritte fanden unter dem Label der „Kameradschaft Marl“ statt. Diese Kameradschaft bot allen Jugendlichen mit rechtem Gedankengut eine Anlaufstelle. Im Zentrum der Organisation stand der Naziladen „Fly In“, der bis Anfang 2004 in Marl existierte. Mit dem Ende des „Fly In“ schien sich ein Strukturwandel innerhalb der Marler Neonaziszene zu vollziehen. Anstelle der „Kameradschaft Marl“ traten die „Autonomen Nationalisten“ in den Vordergrund, wo früher Bomberjacken und Springerstiefel angesagt waren, tragen die

„Autonom-Faschisten“ nun schwarze Baseballcaps und Baggy-Jeans. Politische Accessoires wie das Palästinensertuch und Buttons mit klar antisemitischen Inhalten gingen nun in das Standardrepertoire der Rechten über.

Inhaltliche Veränderungen gab es jedoch nur vordergründig. Skandierete die Marler Kameradschaft früher fleißig „Ausländer raus!“, hieß es nun „Völker zurück in ihre Heimat!“.

Ihren ersten öffentlichen Auftritt hatten die „Autonomen Nationalisten Marl“ (ANM) im August 2006 als sich rund 20 ihrer Mitglieder zu einer anti-israelischen Spontandemonstration zusammenfanden und kurzerhand alles und alle angriffen, die sich ihnen in den Weg stellten.

Seitdem häufen sich rechtsextreme Überfälle in Marl. Weitgehend ignoriert von Presse und Polizei, tobten sich die Neonazis so sehr aus, dass AntifaschistInnen aus Marl versuchten, mit einer Demonstration auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Diese sollte am 23. Dezember 2006 unter dem Motto No X-Mas for Nazis stattfinden. Die Nazis, darüber nicht wirklich erfreut, zeigten ihren Hang zur Brutalität daraufhin mehr als deutlich. Fünf Tage vor der Demo überfielen „nationale AktivistInnen“ aus Marl, Ahlen und Haltern das alternative Jugendzentrum HoT Hagenbusch. Dabei schlugen sie Scheiben ein, zündeten Mülltonnen an und schmierten Hakenkreuze mit dem obligatorischen „Juden raus!“ und „Frei-Sozial-National“ an Wände und Bäume. Die Demo fand dennoch statt und war für Marler Verhältnisse recht erfolgreich. Zwar versuchten rund 20 Neonazis die Demonstration zu blockieren, zogen sich aber bereits nach wenigen Sekunden unter dem Schutz der Polizei zurück. Diese Niederlage kompensierten die „Autonomen Nationalisten“ durch eine neuerliche Serie gewaltsamer Übergriffe auf politische GegnerInnen. So wurde am Abend vor einer Demonstration in Recklinghausen ein Marler Antifaschist von einer fünfköpfigen Nazigruppe auf dem Weg nach Hause abgefangen. Mit Schlagstöcken und Ziegelsteinen prügelten diese dann auf ihr Opfer ein, das daraufhin eini-

ge Tage im Krankenhaus verbrachte. Während die Presse den Vorfall weitestgehend ignorierte, sprach die Polizei von einem „persönlichen Konflikt zweier Jugendgruppen“. Der Prozess gegen die prügelnden Neonazis ließ dann auch noch sehr lange auf sich warten.

In der Zwischenzeit zeigten sich die selbst ernannten Heimatschützer aber alles andere als untätig. Neben den nun schon fast alltäglichen Übergriffen auf vermeintliche Alternative wurden zu den gängigen Nazi-Gedenktagen wie dem Hitler-Geburtstag oder dem Jahrestag des alliierten Bombardements Dresdens großflächige Propagandaaktionen mit Plakaten, Transparenten und Graffitis gestartet.

Der im Juni 2007 stattfindende G8-Gipfel in Heiligendamm bot den NeofaschistInnen eine willkommene Gelegenheit für ihren nächsten öffentlichen Auftritt. Erschreckend war hier die Mobilisierungsfähigkeit der Marler Nazis. Mittlerweile vernetzt in der „Aktionsgruppe Ruhr-Mitte“, versammelten sich fast 80 Neonazis in der Nacht vom 6. auf den 7. Juni „spontan“ in Marl.

Solche Aktionen und die ständig steigende Anzahl rechtsradikaler Gewaltdelikte sorgten für eine verstärkte Medienaufmerksamkeit. Der immer größer werdende öffentliche Druck sorgte für den ersten Prozess gegen Mitglieder der ANM am 31. Januar 2008. Anlass war unter anderem der bereits erwähnte Überfall auf einen

Antifaschisten am Vorabend einer Demonstration in der Nachbarstadt Recklinghausen. Hoffnungen seitens der Opfer auf angemessene Strafen wurden bitter enttäuscht, und der Prozess erwies sich als einzige Farce. Die Anklagepunkte gegen die drei bekannten Mitglieder der ANM waren Landfriedensbruch, Zeigen des Hitlergrußes und schwere Körperverletzung. Die bereits teilweise einschlägig vorbestraften Angeklagten (u. a. wegen gefährlicher Körperverletzung, Sachbeschädigung und Betrug) konnten in allen Punkten überführt werden. Die Strafe erscheint dann jedoch geradezu lächerlich. Zwei der drei Angeklagten erhielten eine Woche Freizeitarrrest, der dritte im Bunde sogar nur eine Geldstrafe über 400 Euro.

Am 2. Februar 2008, zwei Tage nach Urteilsverkündung, machte sich ein Prügeltrupp verummter FaschistInnen auf den Weg, um ihren „nationalen Widerstand“ zu praktizieren, wobei sie bei einer privaten Feier Scheiben einwarfen und sich dann in die nahe gelegene Gaststätte Winter flüchteten.

Diese Gaststätte war und ist ein zentraler Anlaufpunkt für Neonazis in Marl. Der vorbestrafte Wirt, selbst der rechten Szene zuzuordnen, bot seinen GesinnungsgenossInnen Zuflucht vor den aufgebrauchten Partygästen. Als diese nämlich die Kneipe erreicht hatten, bewaffneten sich die Nazis in der Kneipe mit Stühlen und Schildern, um auf die Jugendlichen

einzuprügeln. Auch bei diesem Vorfall bewies die Marler Polizei wieder einmal ihr Desinteresse an der Aufklärung rechtsradikaler Gewalttaten. Zeugenaussagen, die das brutale Vorgehen der Nazis bestätigten, wurden ignoriert und nicht aufgenommen. Die von einer Betroffenen identifizierten und stark alkoholisierten Nazis sollten lediglich ihre Personalien abgeben und blieben ansonsten unbehelligt. Juristische Folgen hatte der Übergriff nicht.

Im April diesen Jahres organisierten die ANM das erste Vernetzungstreffen der „AG-Ruhr-Mitte“ in der Gaststätte Winter. Allerdings wurde das Treffen im Vorfeld bekannt und konnte durch einen Hinweis an die Polizei verhindert werden.

Der nächste militante Übergriff ereignete sich am 7. Juni im Stadtteil Brassert, als ein junger Mann von sechs Neonazis angegriffen wurde, die ihm nicht nur die Nase brachen, sondern ihm anschließend auch den Handy-Akku entwendeten, um zu verhindern, dass das Opfer einen Krankenwagen rufen konnte.

Am 20. Juni griffen erneut fünf Rechte eine Gruppe vermeintlicher AntifaschistInnen im Stadtteil Hüls an. Die Nazis wurden jedoch von in der Nähe befindlichen Polizeibeamten überwältigt und festgenommen. Bei ihrer Durchsuchung wurden neben Pfefferspray und Schlagringen auch Teleskop-Schlagstöcke, Baseballschläger und Messer gefunden. ■

Podiumsdiskussion auf dem Antifa-Camp

How to start a fire

Vom 6.–10. August fand das mittlerweile achte Antifa-Camp erstmalig im Autonomen Zentrum Mülheim statt. Wie in jedem Jahr schloss das Camp mit einer Podiumsdiskussion zu aktuellen Themen der radikalen Linken bzw. der Antifa. Die diesjährige Fragestellung der Podiumsrunde zur kommunistischen Kritik und Praxis schien die Diskussionen und Fragestellungen, die es derzeit in der Antifa-Szene gibt, gut zu treffen. Schon seit der Eröffnung des Camps am Mittwochabend zog sich immer wieder die Frage des richtigen Verhältnisses zwischen Theorie und Praxis durch die Seminare und die anschließenden Diskussionen: Was tun mit der Erkenntnis über die Gesellschaft, ihre Zwangsmechanismen und Ideologien? Was ist überhaupt „Praxis“?

Unter den zeitweise bis zu 200 CampteilnehmerInnen und den ReferentInnen wurden im Verlauf des Camps verschiedene Vorgehensweisen diskutiert. Die einen plädierten für Bündnisse auch mit bürgerlichen Gruppen, um die bestehende Gesellschaftsformation gegen schlimmeres, also die negative Aufhebung der bürgerlichen Gesellschaft, zu verteidigen; die nächsten erinnerten an die derzeitige gesellschaftliche Marginalität, der radikalen Linken, weshalb radikale Gesellschaftskritik zunächst einmal mittels Aufklärung, z. B. durch Vorträge, auf eine breitere Basis gestellt werden sollte; wieder andere setzten sich dafür ein, die Spaltung innerhalb der

Linken wenigstens ein bisschen zu überwinden und in gewisse soziale Bewegungen mit kommunistischer Kritik hineinzuwirken.

Auffallend war, dass die wenigsten der DiskussionsteilnehmerInnen ihren Standpunkt in dieser Frage vehement vertraten. Vielmehr schien eine gewisse Ratlosigkeit auf den Umgang mit dem „Quo vadis?“ vorzuherrschen.



Die Podiumsdiskussion sollte ein wenig Abhilfe schaffen, standen doch GenossInnen aus Gruppen mit unterschiedlichen Praxisansätzen zur Diskussion bereit. Auffallend am diesjährigen Podium war, dass ein Dissens über die Notwendigkeit theoretischer Erkenntnis nicht vorhanden war und auch die Meinungen, was die „richtige“ linksradikale Theoriebestimmung ist, gingen nur wenig auseinander. Die Diskussionen, die diesmal deutlich weniger aufgeregt als im Vorjahr stattfanden, drehten sich vor allem um die Frage der richtigen Praxis, bzw. was Praxis überhaupt sei. Redical [M] aus Göttingen vertraten die Position, dass linke Theorie sich einen Nährboden suchen müsse. Dieser sei noch am ehesten in sozialen Bewegungen zu finden; allerdings treffe es zu, dass viele dieser Bewegungen problematische bis reaktionäre Positionen vertreten. Man müsse sich jedoch auch die Mühe machen, lokale Gegebenheiten zu berücksichtigen. So sei beispielsweise die Anti-Hartz-4-Bewegung an vielen Orten mit reaktionären Positionen aufgetreten; dennoch müsse die radikale Linke sich die Mühe machen, zu prüfen, ob dies im lokalen Kontext überhaupt der Fall sei. Weiterhin erinnerte die redical [m] daran, dass es für viele linke Gruppen reale Nazi-Probleme gibt: „Wer auf dem Weg zum Plenum von Nazis auf's Maul bekommt, hat keine Zeit Adorno zu lesen.“ MAD Köln kritisierte die Haltung der redi-

cal, da sie – trotz weitestgehend ähnlicher theoretischer Erkenntnis – die falsche Praxis betreibe. Insbesondere die Beteiligung der GöttingerInnen im Rahmen des Ums-Ganze-Bündnisses an den G8-Protesten rückte wieder in die Kritik. MAD Köln warb dafür, Kritik an den bestehenden Verhältnissen über Seminare, Vorträge, Broschüren oder ähnliches zu verbreiten. Man dürfe diese jedoch nicht in die Bewegung(en) hineinbringen, sondern könne auch von außen kritisieren.

Der Vertreter der FreundInnen der klassenlosen Gesellschaft wies darauf hin, dass es derzeit zwar kein Proletariat im Sinn einer selbstbewußt kämpfenden Klasse der Lohnabhängigen gebe, dieses aber entstehen könne. Arbeitskämpfe und die in ihnen erhobenen Forderungen seien zwar systemimmanent, in ihnen kämen jedoch immer wieder Momente auf, die über das Bestehende hinauswiesen. Deshalb sei es wichtig mit kommunistischer Kritik in solche sozialen Kämpfe zu intervenieren, ohne sich jedoch allzu große Illusionen zu machen.

Während die Diskussion zwischen diesen beiden Gruppen sich vor allem an der Mobilisierung zum G8-Gipfel aufhängte und die Positionen für Szenekundige wenig Neues boten, überraschte Fabian Kettner (Mitglied im AK Rote Ruhr Uni) mit seiner Position. Hatte er sich bisher vor allem durch seine bewegungskritische Haltung einen Namen gemacht, wandte

sich seine Kritik diesmal auch gegen antideutsche/praxisferne Gruppen und PublizistInnen. So würden sich die vermeintlichen BewegungskritikerInnen und ihr kritisiertes Objekt zunehmend annähern. Kettner warnte vor einer Selbstgewissheit, der gerade viele Antideutsche verfallen seien.

Er erinnerte an die scheinbar banale Tatsache, dass „kommunistische Praxis, diejenige ist, die zum Kommunismus führt“; wissend dass diese Aussage keine Handlungsanleitung ist. Die MitdiskutantInnen aus Göttingen und Köln, kritisierte er dahingehend, dass ihre Position, wie relevant bzw. erfolgreich die jeweilige eigene Praxis ist, geprägt ist von subjektiven Einschätzungen, die nicht überprüfbar sind. „Man kann nach Heiligendamm fahren. Muss man aber nicht. Ich glaube nicht, dass es viel bringt; aber wenn doch, ist es auch gut.“ Weiter: „Dass man dort noch am ehesten einen Resonanzboden für kommunistische Kritik sieht, ist nachvollziehbar.“

Was bleibt ist Ernüchterung. Sicherlich wäre es falsch und autoritätshörig, von den ExpertInnen auf dem Podium, eine Handlungsanleitung erwarten zu wollen. Doch der Diskussionsverlauf zeigt, dass die radikale Linke/(Post-)Antifa sich, anders als noch vor einigen Jahren, nicht weiter entwickelt und bewegt. Die Erde hat sich weitergedreht, die radikale Linke in Deutschland ist mit dem Kopf noch immer in Heiligendamm.

Da die Frage nach der richtigen Praxis mit Gewissheit erst nach der Weltrevolution beantwortet werden kann, sollte sich die Linke mit falscher Praxis auseinandersetzen. Die Frage, ob kritische Intervention (redical[m]) oder Kritik von außen (MAD) der falsche Weg ist, kann jedoch zur Zeit nicht eindeutig beantwortet werden. Die radikale Linke, sollte sich daher davor hüten, diese Positionen gegeneinander auszuspielen, wenn sie je ihre derzeitige gesellschaftliche Marginalität überwinden will. Die Frage, ob Intervention richtig oder falsch ist, muss immer am Einzelfall beurteilt werden. Wenn diese Frage jedoch nicht eindeutig beantwortet werden kann, sollte sich daran aber auch nicht die weitere Diskussion (und damit wiederum die Praxis) für Jahre daran aufhängen. Ein Ansatzpunkt könnte daher vielleicht sein, sich diese gesellschaftliche Marginalität vor Augen zu führen.

Sollte die Weltrevolution nächstes Jahr noch nicht einmal angefangen haben, wird es wieder ein Antifa-Camp geben. Der Raum könnte genutzt werden, die im kommenden Jahr im Anschluss an die diesjährigen Diskussionen getätigte Praxis zu reflektieren. Denn eine radikale Linke, die es nicht schafft, selbstkritisch zu sein, bleibt im besseren Falle im Distinktionsgewinn stecken, über die schlechteren Fälle bietet die Geschichte genug Material zum Kotzen. ■

Völkische Ideologie als Menschenrecht

Anmerkungen zum Bund der Vertriebenen

von AntifaschistInnen aus dem Kreis Soest

Unter dem Titel „Erinnern – Verstehen – Zukunft gewinnen“ zelebrierte der Bund der Vertriebenen (BdV) in diesem Jahr wieder den „Tag der Heimat“. Wieder erfreute er sich dabei in der Regel der Unterstützung aus der Kommunalpolitik und konnte seiner Forderung nach einem „Recht auf Heimat“ Nachdruck verleihen. Doch was steckt wirklich hinter dem BdV, einer Gruppe, die sich selbst als „Menschenrechtsorganisation“ präsentiert.

Der in den 1950er Jahren gegründete BdV ist die mitgliederstärkste revanchistische Vereinigung in Deutschland. Gegründet wurde er von den umgesiedelten Flüchtlingen in der jungen Bundesrepublik. Der Verein ist jedoch mehr als eine bloße Interessenvertretung dieser Flüchtlinge. Was er anstrebt, ist die Revision der Nachkriegsordnung und vor allem der Nachkriegsgrenzen. Als Anhänger der völkischen Ideologie verbirgt sich hinter dem eingeforderten „Recht auf Heimat“ die Forderung, einen völkisch begründeten Anspruch auf angeblich „deutsches Gebiet“ in Osteuropa geltend machen zu können.

„Heimat“ beruhe auf einer „Volks-

zugehörigkeit“, die gemäß der Blut- und-Boden-Ideologie begründet wird. Ein Deutscher etwa kann demnach nur sein, wer auch „deutscher Abstammung“ sei. Tatsächlicher Geburtsort und Staatsangehörigkeit spielen hierbei keine Rolle mehr. Ein „Volksangehöriger“ sei mit seiner „Heimat“ naturmäßig verwachsen. Nach Auffassung der „Vertriebenen“ erstreckt sich die „angestammte Heimat des deutschen Volkes“ dann auch weit nach Osteuropa. Seine völkische Definition von Nationalität und Heimat hat der BdV mit AnhängerInnen nationalsozialistischer Ideologie gemein. Die völkische Einteilung kann dabei immer nur über Einschluss und Ausschluss funktionieren. Kurz gesagt:

Die Definition des Volkes ist nur dann wirksam, wenn sie andere, denen kein Platz in der Volksgemeinschaft gestattet werden soll, auszuschließen weiß. Der Irrsinn der blutsmäßigen Definition geht soweit, dass einE in der Bundesrepublik geboreneR NachkommeIn der „Vertriebenen“ immer noch als vertriebener „Volksdeutscher“ sein „Recht auf Heimat“ in Osteuropa einfordern sollte.

Der BdV propagiert seit seiner Gründung ungebrochen die GegneRinnenschaft zu den Maßnahmen der Entnazifizierung, als deren Opfer er sich sieht, und ist einflussreichster Vertreter völkischer Ideologie in Deutschland nach 1945. Dementsprechend ist es nicht verwunderlich, dass viele alte NSDAP-Mitglieder zum BdV gehören und auch noch heute rege Kontakte aus dem „Vertriebenen“-Milieu in die extreme Rechte bestehen. Der öffentlichen Unterstützung tut dies jedoch keinen Abbruch.

Dabei sind VertreterInnen des BdV, die öffentlich Nazidemonstrationen unterstützen (so geschehen in Münster gegen die Wehrmachtsausstellung), oder Einladungen von GeschichtsverfälscherInnen zu BdV-Veranstaltungen, nur symptomatisch für die dort vertretene Ideologie. Während diese Symptome noch öffentlich kritisiert werden, wird der BdV meist weiterhin hofiert. So fanden sich, als im Jahr 2006 Generalmajor a. D. Gerd Schultze-Rhonhof als Festredner in Soest eingeladen

wurde, noch deutliche Worte der Kritik in der bürgerlichen Presse. Der Generalmajor a. D. wurde, da er die deutsche Kriegsschuld leugnet und den Überfall auf Polen sich als Akt zur „Wahrung der Menschenrechte der Volksdeutschen“ zurecht lügt, treffend als „Kronzeuge der Neonazis“ bezeichnet (Soester Anzeiger, 6.9.2006). Statt aber deshalb ein genaueren Blick auf den BdV an sich zu werfen, mochte man zwar noch die dürftige Distanzierung kritisieren, ging ansonsten dem BdV-Gewächs von der „Verständigung und Versöhnung unter den Völkern“ aber auf den Leim. So seien durch den – schließlich doch noch abgesagten – „peinlichen und unnötigen Auftritt des Ex-Generals Schultze-Rhonhof“ des BdVs „hehre Ziele“ in ihrer Vermittlung gescheitert. Nach dem es öffentlichen Druck gab, wurde der geplante Hauptredner aus „Sicherheitsgründen“ ausgelassen. Eine inhaltliche Distanzierung blieb aus. (Soester Anzeiger, 8.9.2006) Auf besagter Veranstaltung nahm dann auch der Kreisvorsitzende Feuerborn kein Blatt vor den Mund und beschwerte sich über eine „ungeheure Diffamierung“. In Anlehnung an die Positionen seines Wunschredners stellte er die rhetorische Frage „Warum darf ein Deutscher heute nicht mehr die Wahrheit sagen?“. Um welche Art von „Wahrheit“ es ihm ging, war allzu deutlich: So wurde in keinem Satz der deutsche Wahn

von „Endsieg“ und „Endlösung“ erwähnt, stattdessen trügen die „Vertriebenen neben den Bombenopfern die größte Kriegslast“. Man versuche „seit 60 Jahren [uns] Geschichte überzustülpen“, echauffierte er sich und stellte die Suggestivfrage, wer denn bestimmen könne, was denn die Wahrheit sei. Empörung im Publikum blieb aus.

Mögen einige Verbandsoberen noch moderatere Töne anschlagen, schlägt ihre Argumentation doch grundsätzlich in dieselbe Kerbe. Vorfälle wie in Soest vor zwei Jahren waren keine Ausrutscher, sondern spiegeln die Ideologie des Verbandes wieder. Während der BdV bestens in der Bundesrepublik integriert ist, hetzte er schon frühzeitig gegen das Asylrecht und forderte dessen Abschaffung. Nicht nur heute sind die VerbandsaktivistInnen politisch rechtsaußen einzuordnen. Die sich heute als „Vertriebene“ Inszenierenden waren zum größten Teil Anhänger_Innen oder NutznießerInnen des Nationalsozialismus. Nicht selten kam ihnen eine aktive Rolle zu. Wie der Konkret-Autor Erich Später ausführt, hatte die deutsche Minderheit in der Tschechoslowakei z.B. eine „zentrale Funktion bei der Zerschlagung der demokratischen Republik 1938/39 und der Etablierung der siebenjährigen deutschen Besatzungs- und Terrorherrschaft, unter der 260.000 tschechoslowakische Bürger jüdischer Herkunft ermordet und die Auslö-

schung der tschechischen Nation im Falle eines deutschen Sieges geplant wurden.“

Auf diese historischen Zusammenhänge hinzuweisen, ist notwendig. Schließlich versuchen die „Heimatvertriebenen“ sich selbst als „Opfer des Krieges“ darzustellen und sehen sich so auf einer Stufe mit den tatsächlich von der nationalsozialistischen Barbarei Betroffenen. Nicht zuletzt bliebe an dieser Stelle erwähnenswert, dass für die Umsiedlung die eigene Haltung zum Nationalsozialismus ausschlaggebend war. Der vom BdV forcierten Einebnung von TäterInnen und Opfern gilt es deutlich zu widersprechen. Wenn der BdV jährlich seinen ritualisierten Opfermythos zelebriert, tut eine antifaschistische Linke gut daran, dies nicht unkommentiert zu lassen. ■



Zum Weiterlesen:

Später, Erich (2005): *Kein Frieden mit Tschechien. Die Sudetendeutschen und ihre Landsmannschaft*, konkret texte 38, Hamburg.

Kronauer, Jörg (2005): „Recht auf Heimat“ – „Vertriebenen“-Verbände und „Volksgruppen“-Politik, in: Lotta – antifaschistische Zeitschrift aus NRW, Nr. 20.

Kurzmeldungen

25. Juli, Marl

Mit **sechs Stichwunden im Hinterkopf** wurde ein Besucher des Marler Jugendzentrums HoT Hagenbusch am Abend des 25. Juli ins Krankenhaus eingeliefert. Rund 30 vermummte und augenscheinlich gut organisierte **Neonazis hatten das HoT zuvor überfallen** und die anwesenden Jugendlichen wahllos angegriffen. **Über 100 AntifaschistInnen demonstrierten zwei Tage später** gegen die zunehmende Nazigewalt in Marl.

6.-10. August, Mülheim

Mit knapp **150 registrierten TeilnehmerInnen** hatte das diesjährige **Camp der Ruhrgebiets-Antifagruppen** erneut einen BesucherInnenrekord zu verzeichnen. Vier Tage lang wurde im AZ Mülheim diskutiert, gefeiert und über Nazis, Kapitalismus und andere alltägliche Zumutungen informiert.

30. August

Bundesweit haben linke und anti-rassistische Initiativen für den letzten Samstag im August zu einem **Aktionstag gegen Abschiebungen** aufgerufen. Rund 150 DemonstrantInnen blockierten in der Nacht auf Samstag die Abschiebehaftanstalt im westfälischen Büren. Weitere Ak-

tionen fanden unter anderem in Wuppertal, Neuss und Münster statt.

6. September, Dortmund

In Dortmund **marschierten über 1100 Nazis** anlässlich des mittlerweile vierten „nationalen Antikriegstags“. An der **Gegendemo des Antifa-Bündnisses nahmen über 800 Personen teil**, insgesamt beteiligten sich rund 2500 Menschen an den Protesten gegen den Naziaufmarsch.

19./20. September, Köln

Überaus erfolgreich gestalteten sich die **Proteste gegen den Anti-Islamisierungskongress** rechter Parteien aus ganz Europa. Die geplante Großkundgebung der Rechten konnte am Samstag durch **Blockadeaktionen, an denen sich mehrere 10.000 Menschen beteiligten**, verhindert werden. Bereits am Freitag beteiligten über 2000 Linksradikale an einer Vorabenddemo unter dem Motto „Rassismus, Islamismus, Nationalismus und Kapitalismus bekämpfen“.

„Man sollte sich den 5. September 2009 schon mal vormerken.“

Interview mit der Antifaschistischen Union Dortmund zum „nationalen Antikriegstag“

Könnt ihr kurz erläutern, was es mit diesem Naziaufmarsch auf sich hat und welche Bedeutung er für die Nazis hat?

Der so genannte „nationale Antikriegstag“ fand nun bereits zum vierten Mal in Dortmund statt. Initiiert wurde das ganze 2005 von dem bekannten Dortmunder Neonazi Dennis Giensch und seinen hiesigen Kameraden Dietrich Surmann und Alexander Deptolla, welche den „Autonomen Nationalisten“ zu zuordnen sind. Allerdings beteiligen sich mittlerweile mehrere Nazigruppen aus der Region, sowie zwei NPD-Kreisverbände an der gesamten Demo-Organisation. Schon allein hieran lässt sich einiges über die Bedeutung dieser Demo für die Nazis ablesen.

Seit ihren ersten Demonstrationen in Dortmund, welche teilweise massiv gestört und somit verkürzt werden konnten, konnten sie fortan ihre TeilnehmerInnenzahl stetig erhöhen und nun sogar europaweit für ihre Veranstaltung mobilisieren. So waren dieses

Jahr – wenn auch nur vereinzelt – Nazis aus Belgien, Bulgarien, Tschechien, Österreich, Frankreich, England und den Niederlanden anwesend.

So wirklich ein eigenes Produkt der Dortmunder Neonazis ist der Antikriegstag ja nun nicht. Warum versuchen die Neonazis diesen gewerkschaftlich etablierten Tag, der eigentlich an den deutschen Angriff auf Polen erinnert, zu vereinnahmen?

Da spielen zwei Aspekte eine entscheidende Rolle: Zum einen versuchen sie die Erinnerung an die deutsche Aggression mehr und mehr zu verdrängen und im gleichen Atemzug zu relativieren, indem sie die Vereinigten Staaten und Israel zu den beiden Kriegstreibern Nummer eins stilisieren, so als ob die deutsche Raserei nur eine unter vielen und sowieso nur von außen provoziert worden sei. Parallel zu der Nivellierung deutscher Barbarei, vollziehen sie so eine Selbstviktimsierung, indem sie die Deutschen als

die eigentlichen Opfer der Geschichte darstellen. So knüpft dann die alte antisemitische Ideologie der Weltverschwörung an die neuen (alten) Feinde, den Staat der Juden und Amerika, an.

Zum anderen: Neonazis demonstrieren seit einigen Jahren auch am 1. Mai, der ja bereits von ihren historischen Vorläufern vereinnahmt worden war. Jetzt versuchen sie, auch den Antikriegstag als festen Termin im Aufmarschkalender der Naziszene zu etablieren.

Wie schätzt ihr nun im Rückblick den Naziaufmarsch und eure Antifademo sowie andere Gegenaktivitäten ein?

Die Neonazis konnten ihre TeilnehmerInnenzahl zwar mehr als verdoppeln und die festgelegte Route fast vollends ablaufen, allerdings konnten sie damit höchstens für die eigene Szene relevante Erfolgserlebnisse verbuchen. Wir gehen auch davon aus, dass das Maximum des (wohlgerneht: europaweiten) Mobilisierungspotentials so gut wie erreicht wurde.

Was die Gegenaktionen angeht, so muss man selbstkritisch einräumen, dass unsere Antifademo nicht den gewünschten Erfolg hatte. Zwar ist immer wieder kleineren Gruppen gelungen, bis zur Route vorzudringen, wirksame Blockaden sind jedoch nicht gelungen. Dies hat für uns mehrere Gründe: Zum einen hatten unser erfolgreicher militanter Widerstand am 1. Mai 2007,

als auch die Ausschreitungen beim diesjährigen Naziaufmarsch am 1. Mai in Hamburg zur Folge, dass ein extrem großes Polizeiaufgebot direkte Aktionen erheblich erschwerte. Zum anderen hat auch die große räumliche Distanz zwischen Aufmarsch und Ge-



gendemo uns Probleme bereitet. Doch wenn die Neonazis, wie jetzt wieder, jeden nicht massiv behinderten Aufmarsch als ihren Erfolg feiern, so gilt es klarzustellen, dass dies allein durch den Schutz tausender PolizistInnen möglich ist.

Positiv bewerten wir, dass mit WAP-Ticker, Internetradio, Infotelefon, EA und Demosanis eine gute Infrastruktur zur Verfügung stand. Nach ersten Anlaufschwierigkeiten hat das auch alles wirklich gut funktioniert. Wir bedanken uns ausdrücklich bei allen, die uns hier unterstützt haben.

Im letzten Jahr kam es zu heftigen Pöbeleien und teilweise sogar zu Handgreiflichkeiten von Seiten so genannter Antinationaler, die sich über Israel- und vor allem USA-Flaggen echauffierten. In diesem Jahr kam es nicht zu derartigen Auseinandersetzungen, aber erneut gab es einen „antinationalen“ Block und einige Verbalattacken im Vorfeld. Haben sich die Spannungen trotzdem beruhigt?

Von unserer Seite hat es da eigentlich nie Spannungen gegeben, die sich hätten beruhigen können oder müssen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass es inhaltliche Differenzen zu einigen Gruppen und Personen aus dem sich selbst als antinational deklarierendem Spektrum gab und gibt. Aber für uns war eine antifaschistische Demonstration, die sich gegen einen Neonaziaufmarsch richtet, nie der passende Ort, um selbige ausdiskutieren oder noch schlimmer: auszufeuchten. Warum wir, gerade im Kontext der antisemitischen und antiamerikanischen Argumentationen rund um den Antikriegstag, eine klare Stellungnahme für Israel und eine klare Absage an antiameri-

kanische Welterklärungsstrukturen für richtig und gegeben erachtet haben und dies immer noch tun, haben wir in unseren Aufrufen argumentativ begründet. Und dennoch haben wir ja akzeptiert, dass sich diese Leute in einem eigenen Block formieren, denn wir wollten ihnen nicht die Möglichkeit nehmen, sich an den Protesten zu beteiligen und haben auch kein Interesse daran, die „Szenespalterei“ voranzutreiben. Aber da gibt es eben ein paar selbstverständliche Grenzen des Akzeptablen, die vor allem letztes Jahr überschritten wurden und auch dieses Jahr kam von diesen Leuten wieder einiges was sehr ärgerlich war.

Worauf spielt ihr da genau an?

Dass letztes Jahr einer Antifaschistin gewaltsam eine USA-Flagge entrissen wurde, ist, denken wir, das krassste Beispiel. Aber da waren auch andere Sachen, wie zum Beispiel das Rufen der bei Neonazis auch sehr beliebten Parole: „USA – Internationale Völkermordzentrale“. Dieses Jahr hat es auf der Demonstration keine derartigen Vorfälle gegeben, aber im Vorfeld wurde, beispielsweise bei Indymedia, einiges über die Demonstration und unsere Gruppe geschrieben, was da einfach nicht hingehört. Uns wurde vermehrt vorgeworfen, antideutsche Spalter zu sein, gerade von denen, die nichts Besseres zu tun hatten, als im Vorfeld einer so wichtigen Antifademo Lagerkämpfe zu provozieren.



Ihr sprecht von einer wichtigen Antifademo. Warum messt ihr den Protesten gegen den Aufmarsch am 6.9. eine größere Bedeutung bei?

Zunächst mal finden wir es natürlich grundsätzlich wichtig, gegen Neonaziaufmärsche Widerstand zu leisten und sie zu be- oder verhindern, wenn das möglich ist. Aber der Aufmarsch Anfang September in Dortmund ist ein Versuch der hiesigen Neonaziszene, ein eigenes Event richtig groß aufzuziehen und fest zu etablieren. Dass mehr als 1.000 Neonazis am 6.9. durch Dortmund gelaufen sind, ist für uns sowohl auf die Hoffnung auf Randalen nach den Erfahrungen in Hamburg zurückzuführen, als auch auf die Tatsache, dass Dortmund als Hochburg der „Autonomen Nationalisten“ gilt und daher für „AN“-Gruppen aus Regionen, in denen diese nicht so eine dominierende Rolle inne haben wie in NRW, attraktiv ist. Für uns heißt das, dass auch wir auf Unterstützung aus anderen Städten und Regionen angewiesen sind.

Zum anderen ist es für uns wichtig, eigene inhaltliche Akzente zu setzen. Wenn Neonazis bestimmte traditionell linke Themenkomplexe zu okkupieren versuchen und einige Linke, statt der kritischen Reflexion eigener Argumentationen, den Nazis perfide Strategien zur Unterwanderung und Vereinnahmung unterstellen, so ist dies wenig hilfreich. Antifaschistisch motivierte

Kriegs- und Militarismuskritik muss sich von neonazistischen Argumentationsmustern deutlich abzugrenzen wissen und darf keine ideologischen Anknüpfungspunkte bieten. Deshalb ist es für uns wichtig, ein klares Zeichen gegen Antiamerikanismus, Antisemitismus und deutsche Zustände zu setzen und für einen entsprechenden Minimalkonsens einzutreten.

Wie schätzt ihr die Situation fürs nächstes Jahr ein?

Wenn wir verhindern wollen, dass die Neonazis jetzt jedes Jahr wieder kommen, und schlimmstenfalls immer mehr werden, ist es wichtig, ihnen mit erfolgreichen Gegenaktivitäten entgegenzutreten. Leider ist es sehr wahrscheinlich, dass die „Autonomen Nationalisten“ nächstes Jahr erneut durch Dortmund laufen wollen. So spricht auch der bundesweit bekannte Neonazi Christian Worch davon, dass sich dieser Naziaufmarsch als ein „fester Termin auf der nationalen Agenda etabliert“ habe. Von daher ist es wichtig, dass die Bedeutung, die dieser Tag hat, auch über die Grenzen NRWs und der näheren Umgebung hinaus von Antifaschistinnen und Antifaschisten begriffen wird. Denn von Bedeutung und TeilnehmerInnenzahl her, reiht sich dieser Naziaufmarsch auf jeden Fall zwischen dem 1. Mai und dem 13. Februar (Dresden) ein. Man sollte sich den 5. September 2009 also zweifelsohne schon mal vormerken. ■

Fashion-Tipps für Demos

von der Autonomen Antifa Siegen

Nachdem in der letzten decrypt Grundlegendes über Antifa-Arbeit zu lesen war, hier ein paar praktische Tipps für den ersten oder auch zweiten Gang auf eine Demo.

Keine Drogen,
keine Waffen!

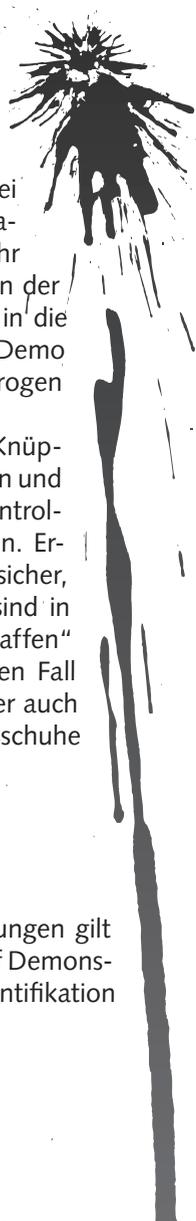
Was auf Demos überhaupt nichts verloren hat, sind zwei Dinge: Drogen und Waffen. Warum mensch einen klaren Kopf haben sollte, ist sicherlich offensichtlich. Ihr werdet immer mal wieder in eine Situation kommen, in der ihr blitzschnell reagieren oder einfach nur Eure Beine in die Hand nehmen müsst. Desweiteren müsst ihr bei jeder Demo mit Vorkontrollen rechnen und solltet deshalb keine Drogen mit Euch führen.

Auch zu Hause lassen solltet ihr Waffen aller Art. Knüppel, Schlagstöcke (Tonfas), Pfefferspray, Äxte, Macheten und selbst ein kleines Taschenmesser bleiben in einer Vorkontrolle hängen und können Euch einigen Ärger verschaffen. Erspart Euch den Stress lieber von vornherein und stellt sicher, dass ihr keinerlei Waffen mit Euch führt. Seit 1989 sind in Deutschland übrigens auch die sogenannten „Schutzwaffen“ auf Demonstrationen verboten. Dazu zählen auf jeden Fall alle Arten von Helmen, Schildern und Protektoren, aber auch Stahlkappenschuhe, Motorradjacken und Lederhandschuhe können durchaus schon mal dazu gezählt werden.

Wie man nicht gesehen wird

Vermummung
ist verboten ...

Das Vermummungsverbot bei öffentlichen Veranstaltungen gilt in Deutschland seit 1985. Konkret verbietet es Euch, auf Demonstrationen Euer Gesicht zu verdecken, um Euch der Identifikation



zu entziehen und Gegenstände mitzuführen, die zu ebendiesem Zweck dienen. Ihr solltet daher weder eine Sturmhaube mit Euch führen, noch einen Ninjapullover tragen, da auch dieser von gut geschulten Polizisten in der Vorkontrolle erkannt werden könnte und gegen das Vermummungsverbot verstößt. Möchtet ihr Eure Identität trotzdem nicht allzu offensichtlich preisgeben, empfehlen sich dünne schwarze Regenjacken mit Kapuze und Sonnenbrillen, die übrigens nicht beschlagen, wenn man sie von innen mit Spüli einreibt! Nicht bei der Anreise tragen, aber für alle Fälle in petto haben solltet Ihr auch ein schwarzes Halstuch. Damit Ihr dann später auf Videoaufzeichnungen nicht so leicht zu identifizieren seid, solltet Ihr übrigens selbst kleinste Schriftzüge auf Eurer Kleidung überkleben. Auch wenn Ihr mächtig stolz auf eure Mob-Action Jacke seid.

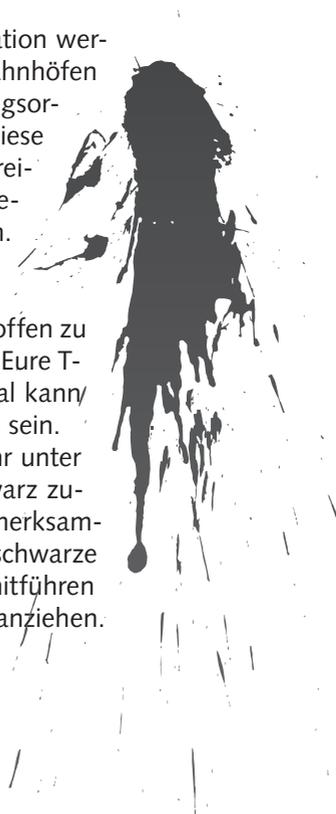
... aber nicht
alles ist gleich
„Vermummung“

Wie man der Polizei Arbeit mit Vorkontrollen erspart und sich selber vor Nazis schützt

Im Rahmen nahezu jeder Demonstration werden Vorkontrollen vor allem an Bahnhöfen und in der Nähe des Versammlungsortes durchgeführt. Möchte mensch diese umgehen, sollte mensch bei der Anreise nicht den Eindruck eines/einer gewaltbereiten Linksradike(n) erwecken. Damit bei PolizistInnen dieser Eindruck entsteht, reicht es, eindeutige Symbolik, wie z. B. das Antifa-Logo, offen zu tragen. Dabei solltet ihr nicht nur auf Eure T-Shirts und Pullover achten, manchmal kann auch ein kleiner Button entscheidend sein.

Den Weg zu einer Demo solltet Ihr unter keinen Umständen komplett in schwarz zurück legen. Ihr zieht damit die Aufmerksamkeit von BullInnen und Nazis an. Die schwarze Kleidung solltet Ihr am besten nur mitführen und später geduckt in der Menge anziehen.

Ein dezentes
Äußeres vermeidet
Aufmerksamkeit



Achtet darauf, dass Euch beim Umziehen niemand filmt. Für den Transport empfiehlt es sich, statt auf schwarze Rucksäcke – womöglich auch noch mit eindeutigen Buttons oder Patches verziert – auf Plastik- oder Stofftaschen zurück zu greifen, wobei ihr je nach Ort der Demonstration zwischen Shopping- (z. B. H&M) und Einkaufsstüte (Plus, ALD, Kaufland etc.) variieren könnt – auf keinen Fall sollte die Tüte jedoch von einem einschlägigen linken Laden kommen!

Besonders geschickt ist es allerdings, auf Taschen ganz zu verzichten und ein schwarzes Regencap mit zu nehmen. Diese Capes kann man für wenig Geld erstehen – sie haben damit den Vorteil, dass mensch sie nach einer heiklen Aktion ganz leicht entsorgen kann, um nicht mehr als DemoteilnehmerIn erkennbar zu sein. Um Eure Klammotten zu entsorgen oder um Euch umzuziehen, eignen sich tiefe Hauseingänge oder Böschungen. ■

ROTE RUHR UNI 2008

25. Oktober 2008, 12:00-18:00

Internationale Marx-Rezeption

Jan Hoff: *Die Schule des Kozo Uno –
Ein japanischer Versuch, das*

Marxsche »Kapital« neu zu schreiben

Urs Lindner: *»Critical Realism« und
die »Postmarxist Condition« – Neuere*

Tendenzen im britischen Marxismus

Frieder Otto Wolf: *Marxismus in
Frankreich*

3. November 2008, 19:30 Uhr

Sonja Buckel: *Die Rechtsform: ein
noch vertrackteres »Ding« als die
Ware?*

10. November 2008, 19.30 Uhr

Ingo Elbe: *Privateigentum – »tief im
Wesen des Menschen« begründet?*

*Zur Entstehung und Kritik des
bürgerlichen Eigentumsbegriffs*

14. November 2008, 19:30 Uhr

Freundinnen und Freunde der
klassenlosen Gesellschaft:

Zur Kritik des Postoperaismus

15. November 2008, 19:30

Filme: *»Der stumme Zwang« und
»Ein Heldenleben - Epos für Jungs«*



Alle Veranstaltungen an der Ruhr-Uni Bochum, Räume auf

WWW.ROTE-RUHR-UNI.COM

Alle Jahre wieder:

Der Fahnenstreit

Voll entbrannt ist er im Vorfeld der Demo in Dortmund wieder – der altbekannte Fahnenstreit, die Auseinandersetzung zwischen „Antideutschen“ und „Antinationalen“ um die Symbole der Staaten, gegen die die Nazis zum Antikriegstag wieder einmal aufmarschiert sind.

„Gegen alle Nationalstaaten“ wollen sich die „Antinationalen“ positionieren und haben dafür gute Gründe. Der Staat ist schließlich nicht nur ein institutionalisiertes Herrschaftsverhältnis, sondern manifestiert durch die Garantie des Rechts auf Privateigentum auch die reale soziale Ungleichheit und Unfreiheit der Menschen. So steht denn die „freie Assoziation der Individuen“, wie Karl Marx sie forderte, zweifellos in einem unüberbrückbaren Gegensatz zum (National-)Staat und selbstverständlich sind Nationalflaggen und alles, was sie symbolisieren, bezeichnend für ein System, das besser heute als morgen auf dem Müllhaufen der Geschichte landen sollte.

Jedoch ist der Nationalstaat – und hier beginnt die Kontroverse – zwar auch aber eben nicht ausschließlich Herrschaftsinstrument und Zurichtungsanstalt. Vielmehr gilt es zur Kenntnis zu nehmen, dass der bürgerliche Nationalstaat (und alles, was er

historisch mit sich brachte: Volkssouveränität im Sinne bürgerlicher Demokratie, Gewerbe- und Vertragsfreiheit sowie Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit und nicht zuletzt bürgerliche Rechtsverhältnisse, die erstmals den Einzelnen vor der Willkür des Staates bzw. des Souveräns schützten) im historischen Kontext in erster Linie einen Fortschritt darstellt. Zwar soll durch diese Erkenntnis der bürgerliche Nationalstaat keinesfalls vor berechtigter und notwendiger Kritik in Schutz genommen werden, denn das Leben im Kapitalismus ist und bleibt für jedeN EinzelneN eine tagtägliche Zurichtung

und Erniedrigung. Doch drängt sich in Anbetracht der Weltgeschichte (insbesondere der, der letzten 100 Jahre) die deprimierende Einsicht auf, dass dieser bürgerliche Nationalstaat die freieste Gesellschaftsordnung hervorgebracht hat, die es bisher gab. Dies gilt sowohl im Vergleich mit praktisch jeder vor-nationalen bzw. vor-bürgerlichen Gesellschaft, als auch unter Betrachtung der facettenreichen faschistischen Bewegungen des 20. Jahrhunderts, die den ursprünglich bürgerlichen Charakter des Nationalstaats durch Außerkraftsetzung bürgerlicher Rechtsverhältnisse zu überwinden suchten. Die Erkenntnis, dass so ziemlich alles



bisher da gewesene deutlich „schlimmer“ war als der bürgerliche Nationalstaat, sollte zu

denken geben, wenn sie auch keinesfalls die berechnete Forderung nach seiner Abschaffung diskreditieren soll. Doch gilt es gerade heute zur Kenntnis zu nehmen, dass die freudig erwartete soziale Revolution seit gut 150 Jahren

ausbleibt und sich in vielen Ländern zur Zeit nicht die herrschaftsfreie Gesellschaft als greifbare Alternative zum bürgerlichen Nationalstaat präsentiert, sondern in höchstem Maße gegen die individuelle Freiheit gerichtete Gesellschaftskonzeptionen wie Faschismus oder Islamismus.

Gegen jeden Nationalismus?

Ein weiterer wesentlicher Kritikpunkt in der Weltsicht der Antinationalen ist die immer wieder implizit oder explizit geäußerte Gleichsetzung aller Nationen bzw. Nationalismen.

Dass eine solche Gleichsetzung alles andere als legitim ist, erschließt sich bei der vergleichenden Betrachtung der Durchsetzung des Nationalgedankens in Frankreich und Deutschland.

Im Zuge der französischen Revolution erklärten sich die Vertreter des dritten Standes, also all jener, die nicht dem Adel oder Klerus angehörten, 1789 zur Nation und prägten dadurch erstmals die moderne Bedeutung dieses Begriffes. Die Nation stand somit für die Einheit aller männlichen Staatsbürger, die erstmals unabhängig von Stand, sozialer Herkunft oder Religionszugehörigkeit über gleiche einklagbare Rechte gegenüber dem Souverän verfügten. Wer zur Nation gehörte, war in Frankreich also durch die mit bestimmten Rechten verbundene Staatsbürgerschaft definiert. In Deutschland entwickelte sich ein von einer breiten Bevölkerungsschicht ge-

tragener Nationalgedanke erst einige Jahrzehnte später und zwar als eine Bewegung gegen die napoleonische Besetzung des Rheinlandes, durch die erstmals in deutschsprachigem Gebiet bürgerliche Rechtsverhältnisse durchgesetzt worden waren. Der deutsche Nationalismus richtete sich somit nicht allein gegen die französische Besatzungsmacht als solche, sondern auch gegen all jene bürgerlichen Errungenschaften, die die Besatzer mit sich gebracht hatten. Hinzu kam der seit jeher völkische und antisemitische Charakter des deutschen Nationalismus: Wer „Deutscher“ war, war keine Frage der Staatsbürgerschaft, sondern wurde an der „Volkszugehörigkeit“ festgemacht. Dieser Logik folgend galten den Vordenkern des deutschen Nationalismus die Juden als „undeutsch“; eine rechtliche Gleichstellung dieser gesellschaftlich marginalisierten Gruppe gehörte nie zu den Forderungen der Mehrheit der deutschen Nationalisten (im Gegensatz zu den französischen).

Auf die Tradition des deutschen Nationalismus bezogen sich seit den 1920er Jahren auch die Nationalsozialisten. Getreu der Vorstellung, Deutscher könne nur sein, „wer deutschen Blutes ist“ (NSDAP-Parteiprogramm), griffen sie die traditionell völkischen, antisemitischen und anti-aufklärerischen Motive des deutschen Nationalismus auf und führten unter reger Anteilnahme der deutschen Mehrheitsgesellschaft einen historisch bei-

spiellosen Vernichtungsfeldzug gegen alles als „volksfremd“ imaginierte. Dementsprechend kann es keinesfalls als Zufall gelten, dass die größte Barbarei der Menschheitsgeschichte nicht von einer Staatsnation mit bürgerlich-liberaler Tradition wie Frankreich oder den USA ausging, sondern von Deutschland. Im Gegensatz zum bürgerlichen Staatsnationalismus Frankreichs war der hegemoniale Teil der deutschen Nationalisten also seit jeher völkisch, antisemitisch und antiliberal. In Anbetracht der verhängnisvollen historischen Folgen, die aus diesem Unterschied erwachsen sind, verbietet sich jede Gleichsetzung dieser beiden Nationalismen.

Zur Notwendigkeit der Existenz eines jüdischen Staates nach Auschwitz

Die historische Sonderrolle Israels ist seit jeher das zentrale Argument im „Fahnenstreit“. Dass dieser Staat kein Staat wie jeder andere ist, ist offensichtlich: Israel wurde 1948 von jüdischen Emigranten gegründet, die den Vernichtungsplänen der Nazi-Deutschen entkommen waren. Er wurde explizit mit dem Anspruch gegründet, eben das durchzusetzen, was die bürgerlichen Gesellschaften Europas so offensichtlich nicht gewährleisten konnten oder wollten: gleiche staatsbürgerliche Rechte und insbesondere das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit für Juden. Das politi-

sche Bekenntnis zu Israel von linksradikaler Seite ist somit der schlichten Tatsache geschuldet, dass wir in einer Welt leben, in der Antisemitismus eine Selbstverständlichkeit und die soziale Revolution in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist.

Und jetzt?

Großen Teilen der antifaschistischen Szene dürften diese Argumente zumindest teilweise bekannt sein. Doch werden sie oftmals einfach ignoriert oder aber in einer Weise interpretiert, die falscher kaum sein könnte. So sucht man auf einigen vorgeblich kommunistischen Demonstrationen mittlerweile oft vergeblich nach linksradikaler Symbolik, dafür gehört aber die Flagge Israels oder gar die der USA zur Standardausrüstung vieler Antifas, egal, ob es gegen die Nazikneipe an der Ecke oder den Wahlkampfstand der Republikaner geht. Diese Art der Symbolpolitik dient vielen Linken mittlerweile offensichtlich nur noch der Selbstvergewisserung, auf der moralisch unangreifbaren Seite zu stehen. Es wird dabei völlig vernachlässigt, dass Symbole meist vielfältig interpretierbar sind und die Flagge der USA eben nicht nur für die historischen Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft, sondern auch für Antikommunismus, Vietnamkrieg und Guantanamo Bay steht. Wenn Israel dann noch zu einem „kommunistischen Projekt“ verklärt wird, ist es

auch nicht mehr weiter verwunderlich, dass die rote Fahne durch eine blau-weiße ersetzt und die Eigentumsfrage als „vulgär-marxistisch“ ad acta gelegt wird.

Antifaschisten, die sich als kommunistisch und israelsolidarisch be-



greifen, müssen sich der Zwiespältigkeit dieser Position bewusst sein. Die blau-weiße Fahne ist weder ein kommunistisches Symbol noch ist Israel „der bewaffnete Versuch der Juden, den Kommunismus noch lebend zu erreichen“ wie es einige „Vordenker“ der Antideutschen immer noch behaupten. Die Existenz Israels ist eine bedauerliche Notwendigkeit in einer Welt, die aus Auschwitz die naheliegendste Konsequenz – die Abschaffung von Staat, Nation und Klasse – nicht gezogen hat. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. ■

KGB im Gespräch

Am 25. Oktober findet in Bochum ein NPD-Aufmarsch gegen „Überfremdung“ statt. Die Kommunistische Gruppe Bochum veranstaltet eine Vorabenddemo unter dem Motto „Mehr als ‚Gegen Nazis!‘ – Die kapitalistische Totalität angreifen!“. Die Redaktion decrypt hat mit Cindrella und Bernd von der KGB darüber gesprochen.

Fangen wir direkt mit der entscheidenden Frage an: Warum eine Vorabenddemo und keine Gegendemo an Tag selber?

Cindrella: Dafür gibt es drei Gründe:

1. Betonen wir immer wieder, dass die radikale Linke aufhören muss, den Nazis hinterher zu rennen. Antifaschismus muss als integraler Bestandteil kommunistischer Kritik begriffen werden. Wenn Antifaschismus mehr als ein reiner Abwehrkampf sein soll, muss er auf's Ganze gehen. Dabei geht es nicht darum den revolutionären Antifaschismus wieder zu entdecken, sondern das falsche Ganze ins Blickfeld zu bekommen und als Totalität zu begreifen.

2. Findet am 25. Oktober im Rahmen der Roten Ruhr Uni (RRU) eine kleine Tagung zur Marx-Rezeption statt, mit Vorträgen zur Marx Lektüre in Großbritannien, Frankreich

und Japan. Angesichts dessen, was wir gerade gesagt haben, halten wir es für falsch mit einer inhaltlichen Demo Leute von dieser Tagung wegzuziehen.

3. Gibt es bereits zwei Gegendemos an dem Tag selber. Eine wird von DGB initiiert und vorraussichtlich von einem breiten „Bürgerbündnis“ getragen, die andere wird von der Antifajugend Bochum veranstaltet. Während sich gute Gründe vortragen lassen, neben der DGB Demo eine weitere zu veranstalten, erscheint es uns wenig sinnvoll, die Antifaszene zu spalten und auf zwei Demos zu verteilen. Auch wenn unsere natürlich die Größere wäre.

Lieber zur Roten Ruhr Uni, als zur Antifademo? Ist Theorie also wichtiger als Praxis?

Bernd: Nein auf gar keinen Fall! Wir wehren uns immer wieder gegen dieses unsägliche gegeneinander ausspielen von Theorie und Praxis. Praxis ohne Theorie ist sinnlos, Theorie ohne Praxis wirkungslos. Die Frage ist doch eigentlich nur, welche Praxis mensch für



sinnvoller hält, z. B. lieber Demos oder Vorträge zu organisieren. Deswegen ist die Frage, ob RRU oder Demo auch nur begrenzt eine nach dem Verhältnis von Theorie und Praxis. Wir halten beide Ansätze für wichtig.

Allerdings ist es in der Tat so, dass die Theorie der Praxis vorausgehen muss, denn zunächst gilt es die eigene Kritik am Bestehenden zu entwickeln und dann der Frage nach zu gehen, wie sich diese vermitteln lässt.

Ihr haltet Antifaarbeit also für den falschen Weg diese Kritik zu vermitteln?

Cinderella: Wenn ihr mit Antifaarbeit, reine Anti-Nazi Sachen meint, dann ja. Diese sind schlicht und einfach eine realpolitische Notwendigkeit. Wenn ihr allerdings „die Antifa“ als Ganzes meint, dann ist sie mit Sicherheit nicht der falsche Weg. Was wir in Frage stellen ist lediglich, ob sie der einzige ist bzw., ob sie eine derart dominante Stellung in der radikalen Linken verdient hat. Sinnvoller wäre es den Antifaschismus als einen integralen Bestandteil kommunistischer Kritik, anstatt als eigenständiges Themenfeld, zu begreifen.

Diese kommt sicher daher, dass sich über das Themenfeld Antifa Leute politisieren lassen und sich dort noch etwas erreichen lässt. Habt ihr Vorschläge für Alternativen?

Bernd: Das sich über den Antifaschismus am meisten Leute politisieren lassen, dürfte zu den linken Mythen gehören. Menschen die sich für die radikale Linke interessieren, haben ja oft keine andere Möglichkeit als sich in einer Antifagruppe aktiv zu sein. Seien wir mal ehrlich, die Frage, was sich auf diesem oder jenem Weg „erreichen lässt“, ist doch auch müßig. Das selbstgesteckte Ziel den Naziaufmarsch „zu verhindern“ erreichen doch auch die meisten Antifademos nicht. Dies ist auch nicht unbedingt schlimm, wenn es gelingt mit der eigenen Kritik präsent zu sein und diese einigen Menschen näher zu bringen. Genauso verhält es sich z. B. mit einer Aktion vor einer Ausländerbehörde oder einer zur Kritik der Lohnarbeit. Diese werden weder Abschiebungen bzw. Grenzen oder gar den Kapitalismus abschaffen, wenn sie ein paar Leute (und damit sind nicht Passanten oder ähnliches, sondern in der Regel Menschen die sich schon als irgendwie Links verstehen) zum nachdenken bewegen, können sie als Erfolg gewertet werden.

Ihr habt betont, dass es auch nicht darum geht euch bewußt von der Demo der „Antifaju-



gend Bochum“ abzugrenzen. Warum dann keine gemeinsame Aktion?

Bernd: Die AJB tut leider alles, um eine Spaltung der Antifaszene voranzutreiben. Nicht nur, dass sie am 6. September in Dortmund zu einem eigenem Block aufgerufen haben, sie lehnen auch jegliche Gespräche mit uns ab. Des Weiteren lässt sich zwar diskutieren, wie viel Sinn es macht Israelfahnen mitzubringen, wenn die NPD gegen „Überfremdung“ demonstriert, aber ein Verbot der Fahne des Staates der Holocaustüberlebenden, wie die AJB es ausgesprochen hat, geht einfach gar nicht. Wer am 25. etwas gegen die Nazis machen möchte, sollte ruhig zu der Demo der AJB gehen, von uns werden sicherlich auch Leute dort sein.



Der Termin

Mehr als „Gegen Nazis!“ – Die kapitalistische Totalität angreifen!“

Demonstration der Kommunistischen Gruppe Bochum

24. Oktober 2008 | 19 Uhr

Hauptbahnhof

Bochum

Aufruf und weitere Infos gibt es unter *kommunistischegruppebochum.blogspot.de*.

Einige kritische Distanz zu dem dort Vertretenen ist allerdings notwendig.

Vielen Dank für das Gespräch!



Gegen "christliches Abendland" und Islamismus!

Zur Verteidigung bürgerlicher Errungenschaften und darüber hinaus!

An dieser stelle dokumentieren wie ein Flugblatt von antifaschistischen und kommunistischen Gruppen aus NRW, dass am 19.9. in Köln verteilt wurde.

Am 19., 20. und 21. September 2008 findet in Köln und Leverkusen ein von der „Bürgerbewegung Pro Köln“ organisierter europaweiter sogenannter „Antislamisierungskongress“ statt. Beteiligt sein werden neben „Pro Köln“ und deren neugegründetem NRW-Dachverband „Pro NRW“ VertreterInnen zahlreicher extrem rechter Parteien aus ganz Europa. Diverse antifaschistische, linke und bürgerliche Gruppen und Bündnisse mobilisieren gegen dieses europaweite Treffen reaktionärer Kräfte und rufen zu einer Blockade der Konferenz auf.

Mit dem vorliegenden Text möchten wir die wichtige und notwendige Kritik an „Pro Köln“ und Konsorten, sowie gleichzeitig auch Kritik am po-

litischen Islam üben, der eine auf islamistischen Prinzipien beruhende politische Ordnung – mit allen damit verbundenen Zumutungen – anstrebt. Bei beiden handelt es sich um reaktionäre Bewegungen, die von KommunistInnen mit allen Mitteln bekämpft werden müssen!

„Pro Köln“ und deren antiemanzipatorische „Islamkritik“

In den vergangenen Jahren ist die „Bürgerbewegung Pro Köln“ vor allem durch rassistische Kampagnen zur Migrations- und Integrationspolitik und

durch die Forderung nach mehr „Law and Order“ in Köln aufgefallen. So organisierte sie beispielsweise mehrfach Demonstrationen gegen in Köln lebende MigrantInnen und gegen den Neubau einer Moschee in Köln-Ehrenfeld.

Der in Köln geplante „Anti-Islamisierungskongress“ soll nun nach den Worten von Henry Nitzsche (Bundestagsabgeordneter, ehemals CDU-Mitglied und nun der „Pro“-Bewegung verbunden) in die Geschichte eingehen als der Tag, an dem europäische Patrioten aufstanden, um der islamischen Erstürmung unserer Vaterländer endlich Einhalt zu gebieten“. Schließlich seien „wir Europäer [...] verbunden durch eine gemeinsame christlich-abendländische Tradition. Nicht weniger gilt es zu bewahren!“.

Aus diesen kurzen, die Positionen von „Pro Köln“ aber prägnant zusammenfassenden Zitaten ist mancherlei zu erkennen. Zum einen ist erneut zu beobachten, dass auch extreme Rechte sich nicht ausschließlich auf „ihre“ Nation beziehen müssen, sondern auch im „europäischen Maßstab“ ein „Europa der Vaterländer“ anstreben und dafür Bündnisse auf europäischer Ebene schließen.

So soll, laut Aussagen von Pro Köln, während des Kongresses gar die Gründung einer europäischen Rechtspartei vorbereitet werden.

Zum anderen – und das ist noch

wichtiger – belegen diese Zitate eindrücklich, dass es „Pro Köln“ nicht um eine tatsächliche Kritik an Islam und/oder Islamismus geht, sondern dass die Angst vor der sogenannten „Überfremdung“ Deutschlands und Europas die eigentliche Triebfeder ihres Handelns ist. Unter dem Deckmantel der Verteidigung des „christlichen Abendlandes“ verbirgt sich lediglich der Rassismus derjenigen, die schon immer fanden, es gebe „zu viele Ausländer“ in Deutschland.

MigrantInnen aus muslimisch geprägten Herkunftsländern werden pauschal als Bedrohung empfunden – ganz gleich, ob es sich denn überhaupt tatsächlich um MuslimInnen handelt oder nicht.

Da Gruppierungen wie „Pro Köln“ den Islamismus lediglich unter der Perspektive der sogenannten „Überfremdung“ wahrnehmen, wird hier nicht wie vorgegeben der Islam kritisiert, sondern die Kritik des Islam vorgeschoben, um gegen MigrantInnen zu hetzen.

Solange IslamistInnen da bleiben, wo sie nach Auffassung der selbsternannten RetterInnen des „christlichen Abendlandes“ hingehören, nämlich in ihren „Herkunftsländern“, stellen sie für „Pro Köln“ und ähnliche Gruppierungen kein Problem dar. Im Gegenteil,

haben doch rechtspopulistische, faschistische und nationalsozialistische Bewegungen Europas zumeist gut und gerne mit islamistischen und arabischnationalistisch geprägten Regimes und Bewegungen im „Nahen Osten“ zusammengearbeitet, was nicht verwundern muss, teilen diese politischen Spektren doch die gleichen politischen GegnerInnen und Hassobjekte. Etwa den – vorzugsweise amerikanischen oder israelischen – „(Kultur-)Imperialismus“ oder den Hass auf Menschen, die ihre Sexualität und ihre Beziehungen nicht in „traditioneller Weise“ leben oder sich nicht einem tradierten patriarchalen Rollenbild unterordnen wollen.

Eben deshalb gibt es von „Pro Köln“ und FreundInnen auch keine Kritik an der Situation von Frauen unter islamfaschistischen Regimes oder am Streben der iranischen Mullah-Diktatur nach Atomwaffen. IslamistInnen werden also nur, bzw. erst dann, als problematisch empfunden, wenn sie sich auf „deutschem“ oder „europäischem“ Boden aufhalten und die „angestammte“ Kultur vermeintlich zersetzen oder diese von außen vermeintlich bedrohen. Stichwort: „Überfremdung“. Genau hiermit trifft der Rechtspopulismus von „Pro Köln“ dann auch auf fruchtbaren Boden, hieraus beziehen die RechtspopulistInnen schließlich ihre Popularität bei nicht unwesentlichen Teilen der autochthonen Mehrheitsgesellschaften in Europa, wie Studien,

in denen deutlich wird wie groß die Ablehnung von „Fremden“ in Europa und speziell in Deutschland ist, Jahr für Jahr belegen.

Die „Anti-Islamisierungskampagne“ von Pro Köln und Co. hat also nichts mit einer grundsätzlichen Kritik des Islamismus, des politischen Islam oder gar von Religionen im Allgemeinen zu tun, sondern setzt vielmehr bei der Hetze auf alles Fremde nun auf die Karte der „Islamkritik“.

Islamismus und Kapitalverständnis

Eine wirkliche Kritik an Islam und Islamismus wäre aus kommunistischer – oder auch nur aus fortschrittlich-aufklärerischer und damit religionskritischer – Perspektive allerdings dringend geboten: Terroranschläge, die Verfolgung und Ermordung von „Ungläubigen“, Ehrenmorde, häusliche Gewalt gegen Frauen, Antisemitismus, Homophobie und die Drohung der iranischen Mullahs, Israel zu vernichten, werden auch mit dem Islam begründet und sollten Grund genug sein, radikale wie konservative islamische Tendenzen überall zu bekämpfen.



Solange Menschen als Individuen AnhängerInnen einer Religion sind, mag dies als bedauerliche Verirrung abgetan werden. Aber eine politische Ordnung, die rigide religiöse Vorschriften zur Grundlage hat, ist inakzeptabel – auch wenn sie den Beteiligten subjektiv als die Patentlösung für alle Probleme einer kapitalistisch verfassten und daher als „kalt“ und „ungerecht“ wahrgenommenen Gesellschaft erscheinen mag. In der Tat sind kapitalistisch verfasste Gesellschaften kalt und „ungerecht“. Das Gegenteil einer Abhilfe davon wäre es jedoch, sie durch das noch größere Übel eines islamistischen Tugendterrors zu ersetzen, der sich gegen selbstbewusste Frauen, Homosexuelle und jegliche AbweichlerInnen richtet.

Der Kapitalismus selber – der sich mittlerweile bis in alle Winkel der Welt ausgebreitet hat – basiert auf fetischisierten und irrationalen Denkformen. Alles im Kapitalismus – selbst die eigene Arbeitskraft – wird notwendig zur Ware, weil es auf dem Markt gegen andere Waren, bzw. das Warenäquivalent Geld, getauscht wird. Der (Tausch-)Wert, den die Waren vermeintlich besitzen, wird ihnen

von den Menschen zugesprochen. Die Menschen, die diese Denkweisen verinnerlicht haben, „tun es“ (Waren produzieren und tauschen) ohne zu wissen, was und warum sie es tun.

Die notwendigerweise auf Ausbeutung beruhende Produktionsweise namens Kapitalismus erscheint den Menschen sogar als natürliche und so oder in ähnlicher Form immer da gewesene. Das Ding, das zur Ware geworden ist, ist also im Alltagsbewusstsein in hohem Grade ein mystifiziertes Ding. Da es aber trotz, bzw. wegen, seiner Rätselhaftigkeit zentral für die Produktionsweise ist, ist es auch nur logisch, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse auch als rätselhaft erscheinen.

Die kapitalistische Produktionsweise und deren Reichtumsproduktion und -verteilung erscheint den Menschen also als etwas Geheimnisvolles. Sie versuchen, sich die Verhältnisse, in denen sie vegetieren müssen – obwohl der Stand der Technik schon längst allen Menschen auf der Welt ein Leben ohne Hunger und Armut, in Überfluss und in einer Form von Freiheit, in der sie ohne Angst verschieden sein könnten, ermöglichen würde – zu erklären, was in den allermeisten Fällen leider misslingt und nicht selten reaktionäre Ideologien befördert. Ideologien die vorgeben „die Welt“ und ihre Widersprüche erklären zu können. Antisemitismus, Antiamerikanismus, Rassismus und Nationalismus sind nur einige Beispiele für solcherlei Ideologien, welche

nicht selten mörderische Dynamiken annehmen.

Die Übergriffe auf vermeintliche oder tatsächliche MuslimInnen in Europa der letzten Jahre sind ein Beispiel dafür wie der rassistische Mob sich – hat er einmal ein Opfer oder eine Opfergruppe auserkoren – gerieren kann.

Rassismus und Kulturalismus

Der Kampf gegen Rassismus ist deswegen auch in Zukunft äußerst notwendig, auch und gerade wenn der Rassismus unter dem Deckmantel der „Islamkritik“ auftritt. Wenig hilfreich für die Bekämpfung von Rassismus ist es jedoch, wenn große Teile der antirassistischen Linken auf die Analyse von Rassismus bzw. auf Reflexion des Zusammenhangs von Kapitalismus und Xenophobie gänzlich verzichten, und stattdessen selber in schlechtester Multi-Kulti-Manier die Zuschreibung von „fremd“ und „einheimisch“ beibehalten. Oder wenn sie gar die „Fremden“ für ihr „Anderssein“ anhimmeln, und sich nur dadurch von

MainstreamrassistInnen unterscheiden, dass sie die „Fremden“ nur als

bemitleidenswerte und hilfsbedürftige Opfer von Rassismus wahrnehmen.

MigrantInnen werden in jenen Kreisen nicht als reflexionsfähige Individuen begriffen, die – so wie alle nicht von Rassismus Betroffenen auch – gesellschaftlichen Verhältnissen und Strukturen unterworfen sind, die Menschen zu reaktionären werden lassen können, aber nicht müssen. Wer also nicht über Islamismus, Patriarchat oder Nationalismus in migrantischen Milieus reden will, oder diese gar mit einem Verweis auf die rassistische Verfolgung der MigrantInnen verharmlost oder rechtfertigt, der macht sich nicht nur der Verharmlosung, der Verschleierung und somit der Beförderung der genannten Phänomene mitschuldig, sondern fällt den (zumeist auch migrantischen) Opfern ebenjener Ideologie in den Rücken, und erklärt MigrantInnen dadurch zu bloßen Anhängseln „ihrer“ „angestammten“ religiösen oder nationalen Kollektive.

MigrantInnen handeln dieser Logik nach dann vermeintlich nur „natürlich“ und logisch, wenn sie sich als Reaktion auf die xenophobe Ausgrenzung durch die Mehrheitsgesellschaft und den staatlichen und strukturellen Rassismus auf ihre „eigene“ religiöse oder nationale Kultur und



in ihr „eigenes“ Kollektiv zurückziehen.

Stattdessen sollte auch in antirassistischen Kreisen endlich die Banalität zur Kenntnis genommen werden, dass auch Opfer von Rassismus selber RassistInnen sein können, dass auch Opfer von reaktionären Denkformen selber AnhängerInnen von ebensolchen sein können, und dass deshalb auch Kritik an nicht-autochthonen AnhängerInnen von reaktionären Ideologien notwendig ist, ohne damit die Tatsache zu verhehlen, dass diese dennoch Opfer von Rassismus und Xenophobie geworden sind oder werden können.

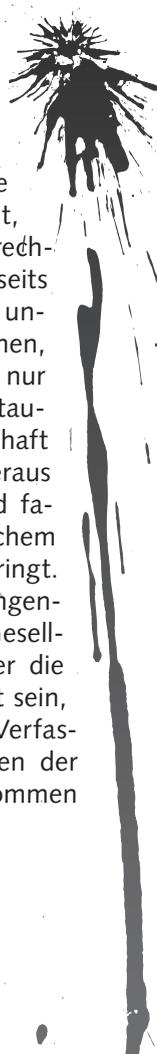
Eine emanzipatorische Linke muss sich also deutlich gegen den Islamismus – egal an welchem Ort – aussprechen. Antirassistisch ist es nicht, im Namen des sogenannten „Multikulturalismus“ inakzeptables Verhalten wie Antisemitismus, Sexismus oder Homophobie zu tolerieren, sofern es von Angehörigen „anderer Kulturen“ ausgeht. Vielmehr müssten AntirassistInnen das gleiche inakzeptable Verhalten am gleichen Maßstab messen, ganz gleich wo auf der Welt und mit welchem „kulturellen Hintergrund“ es geschieht.

Der Vorwurf, sich dadurch mit der reaktionären Verteidigung „des christlichen Abendlandes“ bzw. „der westlichen Welt“ gemein zu machen oder dieser zumindest in die Hände zu spielen, lässt sich leicht durch eine konsequente Gesellschaftskritik

entkräften. Christlich-konservative Ideologien, bzw. die ihr zu Grunde liegenden Denk- und Argumentationsmuster, müssen – ohne die realen, oft über Leben und Tod entscheidenden, Unterschiede zu verwischen – als genauso irrational wie der Islamismus denunziert werden.

Das Dilemma kommunistischer Kritik

Kommunistische Kritik steckt nun in einem Dilemma: Angesichts von RassistInnen auf der einen und IslamistInnen auf der anderen Seite müssen Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft wie formale Freiheit und Gleichheit, sowie individuelle Menschenrechte verteidigt werden. Andererseits sind diese Errungenschaften untrennbar mit der kapitalistischen, die Bedürfnisse der Menschen nur über den Umweg des Warentausches befriedigenden Gesellschaft verbunden, die aus sich heraus immer wieder reaktionäre und faschistische Tendenzen – in welchem Gewand auch immer – hervorbringt. Bei der Verteidigung der Errungenschaften der bürgerlichen Gesellschaft muss gleichzeitig immer die Kritik an derselben mitgedacht sein, sofern wir nicht zu bloßen Verfassungsschützern oder „Freunden der offenen Gesellschaft“ verkommen wollen.



Im Kampf gegen das „Dahinter zurück“ sollten wir nie vergessen, dass wir eigentlich doch das „Darüber hinaus“ – den Kommunismus, die befreite, staaten- und klassenlose Weltgesellschaft“ anstreben.

Letztlich löst sich aber auch dieser vermeintliche Widerspruch auf. Kommunistische Kritik strebt die Aufhebung der bürgerlichen Gesellschaft schließlich in der dreifachen Bedeutung des Begriffs der Aufhebung an: „aufheben“ im Sinne von „abschaffen“, „aufheben“ aber eben auch in der Bedeutung von „bewahren ihrer Errungenschaften“ und – last but not least – „aufheben“ als „auf eine höhere Stufe – den Kommunismus – heben“. Dies gilt es nicht nur am 19. und 20.9. in Köln zu verdeutlichen! ■

Impressum

decrypt – zeitschrift für diskussion und praxis

✉ decrypt@safe-mail.net

🌐 decrypt.blogsport.de

V.i.S.d.P.: K. Meier, c/o AStA der RUB,
Universitätsstr. 150, 44801 Bochum

Auflage: 1.000

Druck: Eigendruck

decrypt ist ein Projekt des Referats für Kritische Wissenschaft des AStA der Ruhr Uni Bochum. Die Artikel spiegeln die Meinungen und Positionen der AutorInnen, nicht die des Referats oder des gesamten AStA, wider.

Termine

25. Oktober bis 14. November 2008, Bochum
Rote Ruhr Uni 2008

🌐 www.rote-ruhr-uni.com

Oktober bis Dezember 2008, Mülheim

Veranstaltungsreihe

„Faszination Fremdheit – Der Exotismus und seine Folgen“

im Automatentreff im AZ Mülheim,
Auerstr. 51

🌐 www.az-muelheim.de/automatentreff

24./25. Oktober 2008, Bochum

NPD-Aufmarsch mit Gegenaktivitäten und Vorabenddemo

🌐 nazistopp-bochum.noblogs.org
kommunistischegruppebochum.blogsport.de

Jeder Staat hat seine Geschichte



Antifaschistische Demonstration
am 08. November 2008 um 14
in Schwerte(an der Ruhr)

Das ist die deutsche!